

Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie: normative und politische Grundlagen Europas

Giegold, Sven

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giegold, S. (2012). Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie: normative und politische Grundlagen Europas. *Forum Erwachsenenbildung: die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf*, 2, 32-39. <https://doi.org/10.3278/FEB1202W032>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie

Normative und politische Grundlagen Europas

von: Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) e.V. c/o Comenius Inst. (Hg.); Giegold, Sven

DOI: 10.3278/FEB1202W032

Erscheinungsjahr: 2012
Seiten 32 - 39

Schlagnworte: Europa, Grundrechte-Charta der Europäischen Union, Werteordnung, Zivilgesellschaft, europäische Bürgergesellschaft

Die Europäische Union ist nicht nur als eine wirtschaftliche oder politische Einheit, sondern vor allem auch als Wertegemeinschaft gegründet worden, die aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas schöpfte. An Beispielen europäischer Wirtschafts-, Umwelt-, Migrations-, Handels- und Außenpolitik wird in dem Beitrag deutlich gemacht, dass trotz mancherlei Fortschritte in der Umsetzung europäischer Grundwerte immer noch eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht, die nicht zuletzt auch ein entscheidender Grund für die aktuelle "Krise Europas" ist. Dieser wirksam zu begegnen, so das Fazit, kann nicht allein den Europaspezialisten in Brüssel überlassen werden, sondern muss Aufgabe einer echten europäischen Bürgergesellschaft sein, deren Akteure sich für ein immer engeres Zusammenwachsen engagieren und das benennen, was sich verändern muss.

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:



Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Zitiervorschlag

Giegold, S.: Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie. Normative und politische Grundlagen Europas. In: forum erwachsenenbildung 02/2012. Bildungs- und Kulturraum Europa, S. 32-39, Bielefeld 2012. DOI: 10.3278/FEB1202W032

Sven Giegold

Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie – Normative und politische Grundlagen Europas



Sven Giegold MEP

Seit 2009 als Abgeordneter für Bündnis 90/ Die Grünen im Europäischen Parlament und finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Grünen/EFA.
Anschrift:
Sven Giegold MEP
ASP 08 G 209
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
E-Mail: sven.giegold@europarl.europa.eu

oder:
Europabüro Sven Giegold MdEP
Jahnstraße 52
D-40215 Düsseldorf
E-Mail:
alberts@gruene-nrw.de

Der folgende Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den Sven Giegold beim Studientag der DEAE-Mitgliederversammlung am 6. März 2012 in Weimar gehalten hat. Für die Veröffentlichung wurde der Vortragsstil beibehalten, insgesamt der Text jedoch gekürzt.

Liebe Schwestern und Brüder oder liebe Kolleginnen und Kollegen – wie immer Sie das hier handhaben wollen. Ersteres ist mir eigentlich lieber im kirchlichen Kontext. Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung.

Bevor ich in den Inhalt einsteige, möchte ich noch eins vorab sagen, damit Sie wissen, mit wem Sie es eigentlich zu tun haben. Ich bin im Europäischen Parlament der Koordinator für Wirtschaft und Währung für die Fraktion der Grünen. Das ist der Ausschuss, der zuständig ist für die Regulierung der Finanzmärkte, also für Banken, Versicherungen, Hedgefonds und dergleichen, und außerdem haben wir die Zuständigkeit für die Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Ebenso für europäische Steuerpolitik. Sie kennen ja sicher die Stichwörter „Steueroasen“, „Finanztransaktionssteuer“, „Steuerflucht“. Aber auch das der „europäischen Wettbewerbspolitik“. Das sind die zentralen Kompetenzen dieses Ausschusses. Damit beschäftige ich mich normalerweise.

Jetzt haben Sie natürlich einen Ökonomen gefragt, über das Thema „Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie – Normative und politische Grundlagen Europas“ zu reden. Das finde ich schon einmal mutig, denn normalerweise beginnen Ökonomen am liebsten damit, sofern sie solche Fragen überhaupt erörtern, dass sie bei ökonomischen Modellen alles auf der Ebene der Annahmen ausklammern und sich grundsätzlich dafür nicht für zuständig erklären. Das ist natürlich mit dem christlichen Glauben so nicht vereinbar. Aber ich will das Thema genauso ernst nehmen, wie Sie es mir gestellt haben. Ich komme ja ursprünglich nicht aus der Parteipolitik, sondern ich habe damals Attac mit gegründet und engagiere mich auch weiter in der Präsidialversammlung des Evangelischen Kirchentages. Das wollte ich noch sagen – nur zu meinem Hintergrund und weshalb ich auch diese Anrede gewählt habe.

Die Europäische Union schöpfte bei ihrer Gründung aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben, und weiter heißt es dann im Vertrag, der die Europäische Union begründet: „Die Werte, auf die sich die Union grün-

det, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Europa ist gegründet worden, nicht einfach nur als Rechtsgemeinschaft – also als politische Einheit –, sondern als Wertegemeinschaft, und das ist etwas, das konstitutiv ist für das europäische Projekt, so wie es begründet wurde. Und das genau macht auch seine Krise aus, weil derzeit natürlich die dort – und an vielen anderen Stellen, z. B. in den europäischen Verträgen – gestellten Ansprüche nichts von der Stärke eingebüßt haben, mit der sie formuliert wurden, sondern oft sogar weitergehen als der Anspruch, den wir etwa im Grundgesetz formulieren. Das ließe sich an vielen Stellen zeigen. Und umso tiefer sind natürlich die Anfragen, die jetzt gestellt werden an den Zustand des europäischen Projekts.

Aber bevor ich auf die Krise im engeren Sinne eingehe – wobei ich das gar nicht so ausführlich tun will –, möchte ich vielmehr grundlegend Fragen zu diesen drei Stichworten stellen, die Sie mir gegeben haben, nämlich Menschenwürde, Gerechtigkeit und Demokratie. Wie sieht es mit dem europäischen Projekt bezogen darauf aus? Und was könnten diese Stichworte für zivilgesellschaftliche Akteure, wie Sie es sind, innerhalb dieses Projekts bedeuten? Das ist es, worüber ich mir vorgenommen habe zu sprechen.

Projekt Europa – Was bislang erreicht wurde

Der Verfassungsanspruch im Sinne der Demokratie ist ein sehr hoher, und die Legitimation Europas kann ja, wie überhaupt jede demokratische Legitimation, aus zwei grundsätzlichen Quellen schöpfen: einerseits aus der sogenannten Output-Legitimation, die danach fragt, was im Sinne der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger, erreicht wurde; und andererseits der Input-Legitimation, also der Frage, wer am Entstehen einer Entscheidung oder von Entscheidungen mitwirken konnte. Das sind die beiden Pfeiler demokratischer Legitimation. Ganz üblicherweise wird Europa meist nur über den Output definiert. Europa wurde nicht gemacht, weil es die Menschen wollten. Niemand nach dem Zweiten Weltkrieg hat oder sehr wenige Bürgerinnen und Bürger haben auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gefordert, jetzt eine Vereinigung des Kontinents schrittweise herbeizuführen.

Das war kein Projekt der Bürgerinnen und Bürger, auch wenn es sicherlich Minderheiten gab, die das wollten. Es gab auch aktive Föderalistinnen und Föderalisten auf beiden Seiten des Rheins. Aber das war gewiss keine Bürgerbewegung, die das getragen hat, sondern es war ein Elitenprojekt, und die weitere Rechtfertigung kam aus dem, was erreicht wurde. Und da muss man sagen, dass Europa auf der Ebene dessen, was erreicht wurde, zunächst einmal sehr sehr stolz sein kann. 60 Jahre Frieden – zumindest innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft – sind natürlich eine außergewöhnliche Phase innerhalb der europäischen Geschichte, die man überhaupt nicht hoch genug wertschätzen kann, und jeder, der glaubt, dass das immer so selbstverständlich sein müsse, irrt fundamental, wenn man nur sieht, wie leicht es ist, nationalistische Ressentiments zu reaktivieren. Das gilt derzeit in allen Teilen Europas, und das gilt genauso, wenn deutsche Fahnen in Athen brennen und Frau Merkel mit einem Hitlerbärtchen karikiert wird, aber auch wenn hier in Deutschland pauschalisierend von *den Griechen, den Portugiesen* usw. geredet wird. Und die angeblich auf unsere Kosten leben. Das heißt, die Frage des Friedens ist in keiner Weise erledigt, schon gar nicht, wenn man sich bewusst macht, wie das denn mit dem Frieden und Europa außerhalb unserer eigenen Grenzen ist, wo die Bilanz nicht ganz so eindeutig ausfällt.

Darüber hinaus wurde natürlich die Schaffung eines gemeinsamen Marktes erreicht und damit auch ein hohes Maß an Verwirklichung der vier Grundfreiheiten, durch die dieser gemeinsame Markt ausgestattet ist. Nämlich zunächst einmal die Bewegungsfreiheit für die Menschen, die praktisch vollständig erreicht ist, bis derzeit noch auf Rumänien und Bulgarien, deren Bürgerinnen und Bürger dieses Recht noch nicht vollständig genießen dürfen, aber alle anderen können sich nun entscheiden, wo sie arbeiten und die Grenzen passieren möchten. Mit dem sogenannten Schengen-Abkommen haben die meisten Länder auch die Grenzkontrollen abgeschafft, sodass damit auch nach innen hin ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit erreicht wurde. Was auch dazu geführt hat, dass es in vielerlei Hinsicht zu kulturellen Vermischungen gekommen ist, die ich persönlich höchst erfreulich finde. Denn je mehr Kontakt und reales Zusammenwachsen es in Europa in dieser Hinsicht gibt, umso tiefer ist auch das europäische Einigungswerk.

Zu den vier Grundfreiheiten im gemeinsamen Markt gehören auch die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen und die Freiheit des Kapitals, über Grenzen hinweg zu fließen, sowie der Handel mit Waren und Dienstleistungen. Und ich betone das

deshalb, weil dieser Binnenmarkt an sich auch ein solidarisches Moment hat. Das mag in kirchlichen Kreisen nicht sofort eingängig sein, und bei Attac war das noch viel weniger so. Aber grundsätzlich bedeutet das ja, dass in einem Binnenmarkt Länder, die hoch entwickelt sind, zusammen sind mit Ländern, die schwach entwickelt sind, was dazu führt, dass Kapital aus den Ländern, die eine hohe Kapitalausstattung besitzen, in diejenigen Länder fließt, die bisher wenig Kapital hatten. Und diese Kapitalflüsse sind eigentlich etwas Positives, denn sie bedeuten eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung. Ich habe nie zu denen gehört, die gesagt haben, es ist doch unmöglich, dass jetzt zum Beispiel in der Automobilbranche Investitionen in Osteuropa stattfinden. Ich finde, dass die protektionistischen Haltungen diesbezüglich gegen das universalistische Prinzip in Europa gerichtet sind, das besagt, dass ein Arbeitsplatz in Rumänien genauso viel Wert hat wie einer bei uns. Ein dort geschaffener Arbeitsplatz ist daher nicht etwa ein Anschlag auf die Soziale Marktwirtschaft, sondern bedeutet, dass viel schwächere Menschen nun auch Zugang zu Arbeit und Einkommen bekommen. Das rechtfertigt natürlich nicht, dass man nun sagt, man brauche sich deshalb in den reicheren Ländern nicht mehr um den eigenen Sozialstaat zu scheren – so möchte ich nicht missverstanden werden. Der Punkt ist aber, dass der Zugang zu dem Kapital und den Investitionen und den Staaten und Unternehmen eines Teils der Union für alle gewährleistet sein muss und auch das Verbot einer diesbezüglichen Diskriminierung für alle gelten muss.

Allerdings, und da kommen wir zu den offensichtlichen Schwächen auf der Output-Legitimationsseite, haben wir zwar die Grenzen für Kapital, Waren und Dienstleistungen geöffnet, wir haben aber nicht gleichzeitig Regeln geschaffen, die dafür sorgen, dass das zu einer vernünftigen, gleichmäßigen Entwicklung führt.

Das haben wir im Bereich der Finanzmärkte überhaupt nicht ausreichend gemacht, und das haben wir auch im Bereich der Wirtschaftspolitik nicht in genügendem Maße getan. Wir haben im Wesentlichen die Regeln national gelassen, aber den Wettbewerb europäisiert. Und wozu das führt, wussten die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang an. Marktwirtschaften brauchen einen starken Ordnungsrahmen, weil sie ansonsten sowohl ökonomische Instabilität, soziale Ungleichheit als auch ökologische Zerstörung mit sich bringen. Und dieser gemeinsame Ordnungsrahmen, der ist in Europa noch unvollständig.

Im Bereich der Nichtdiskriminierung von Männern und Frauen war Europa – das sage ich einmal – häufig

der Bunkerbrecher, das heißt, es war Europa, das viele der diskriminierenden Regeln abgeschafft hat. Man erinnere in Deutschland z. B. an die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof einer Frau, die sich den Zugang zur Bundeswehr und den dortigen Ausbildungsprivilegien gesichert hat. Das war der Europäische Gerichtshof, das war nicht der Bundestag, der diese Rechte den Frauen gegeben hat. Man kann natürlich über die Bundeswehr lange streiten, aber wenn wir die Bundeswehr haben, dann soll sie auch alle – Frauen wie Männer – gleich behandeln.

Auch im Umweltschutz hat die Europäische Union ein im Vergleich hohes Schutzniveau erreicht. Ich erinnere nur an den Naturschutz, wo es Europa gelungen ist, dass 10 % der Landesfläche – europaweit – vorrangig Naturschutzziele dienen. Was ein Theater das war in Deutschland, weil eben Europa dort die Bewahrung der Schöpfung höher gesetzt hat als die Nutzungsinteressen der Menschen. Aber das ist eine Errungenschaft, die man überhaupt nicht hoch genug bewerten kann.

Doch es gibt, wie gesagt, auch die relevanten Schwächen auf der Output-Seite, die vor allem im Bereich der Außenpolitik liegen. Viele Menschen wünschen sich, dass nicht mehr 27 diplomatische Vertretungen in den verschiedenen Staaten weltweit sich gegenseitig Konkurrenz machen. Jetzt haben wir zwar eine 28ste dazu gesetzt, d. h. Europa hat jetzt einen eigenen diplomatischen Dienst. Aber nach wie vor findet im Wesentlichen die Vertretung der Interessen Europas in den Außenbeziehungen auf der nationalen Ebene statt, und häufig wird dort nicht mit einer Stimme gesprochen. Das schwächt die Stimme dieser Wertegemeinschaft auf der internationalen Ebene enorm. Länder wie China, die USA, Indien, Brasilien sind jetzt schon oder bald ökonomisch und erst recht politisch stärker als irgendein Mitgliedsland der Europäischen Union. D. h. auch Länder wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland müssen lernen, dass sie ihre Interessen nur geeint vertreten können, und das fällt den Mitgliedsländern, gerade denen mit einer langen diplomatischen Tradition, unendlich schwer. Bei allen großen Fragen zur Zukunft des Planeten besteht die sehr große Gefahr, dass sie ohne Europa verhandelt werden. Wenn es so weitergeht, werden künftig China und die USA im Wesentlichen bilateral die großen Linien ziehen.

Und wir haben auch nach innen hin eine zweite große Schwäche: Wir haben zwar den gemeinsamen Markt geschaffen, in Fragen sozialer Rechte ist Europa aber schwach geblieben, auch und gerade was den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angeht. Hier haben wir es allerdings mit der Situati-

on zu tun, dass dies – anders als bei den außenpolitischen Fragen – von den Bürgerinnen und Bürgern auch bisher nicht gewünscht ist. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger fragen, wo sie ihre Sozial- und Arbeitsmarktpolitik angesiedelt haben wollen, dann sagen die Menschen übereinstimmend und praktisch über alle Grenzen hinweg, dass das nicht Europa, sondern der Nationalstaat machen soll. Das Ironische dabei ist nur, dass der Nationalstaat zusehends die Kraft dazu verliert. Das lässt sich leicht an der Besteuerung der großen Einkommen erkennen. Praktisch überall in Europa wurden Vermögenssteuern abgeschafft. Überall wurden die Spitzensatzsätze gesenkt. Überall wurden die Steuersätze auf Kapitaleinkommen, insbesondere Zinsen, Dividenden und dergleichen, abgesenkt im Wettbewerb miteinander. Natürlich mit der Konsequenz, dass dies die soziale Ungleichheit erhöht.

Gleiches gilt auch im Bereich der sozialen Schutznormen. Zwar weist die Grundrechte-Charta – die ja Teil der europäischen Verträge ist – einen sehr starken Bezug auf soziale Grundrechte auf, doch diese werden von Europa nicht erfüllt, denn die Grundrechte-Charta bindet die Europäische Union nur im Bereich ihrer eigenen Zuständigkeit. Die Grundrechte, die dort formuliert sind, sind in vielen Punkten stärker als das, was wir im Grundgesetz haben. Aber im Bereich der sozialen Rechte läuft die Grundrechte-Charta ins Leere, denn die Rechte, die darin proklamiert sind, binden nur die Europäische Union und die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung europäischen Rechts. Sie generieren aber keine Rechte sui generis. Das heißt, man kann sich nicht als Individuum auf die Erfüllung dieser Rechte berufen, wenn die Zuständigkeit nicht bei der EU liegt. Und in der Konsequenz ist das überhaupt nicht zu unterschätzen. Das bedeutet nämlich, dass es in Europa keine Regeln darüber gibt, wie hoch etwa die Sozialhilfe zu sein hat, aber auch keine Regeln hinsichtlich so absolut grundlegender Fragen wie: Was ist mit dem Schwächsten? Was passiert, wenn Menschen krank sind? Müssen sie geschützt werden, ja oder nein? Was heißt es, wenn Menschen nicht mehr arbeiten können und eine Rente beziehen? Wie hoch hat diese Rente zu sein? Was ist, wenn ein Mensch – aus welchen Gründen auch immer – körperlich eingeschränkt ist, wie viel Hilfe steht ihm dann zu usw.? All diese grundlegenden sozialen Rechte sind nicht europäisch geregelt, und das wesentliche Problem an dieser Stelle ist ja folgendes: Die Erfüllung dieser Rechte ist ja ökonomisch gesehen eigentlich eine Verschwendung, das heißt, wenn ich mich um den Schwächsten kümmere, hat das ökonomisch keinen Nutzen im Wettbewerb. Es ist etwas anderes mit Bildung, es ist auch zum Teil etwas anderes mit Gesundheit. Beides sind Bereiche, in de-

nen zu investieren sich lohnt, denn wenn der Staat dort mehr investiert, wird er auch wirtschaftlich leistungsfähiger. Wenn ich mir dagegen mehr Zeit für zu Pflegenden nehme, wenn ich Menschen einen höheren Hartz IV-Satz zahle, wenn ich eine höhere Grundrente vereinbare, dann ist das ökonomisch in der Regel nicht produktiv. Und das bedeutet, dass diese Rechte tendenziell im Binnenmarkt unter Druck stehen. Und tatsächlich ist mit der Gründung der Europäischen Union die Stärkung dieser Rechte zum Erliegen gekommen.

Es ist in gewisser Weise schizophren: Auf der einen Seite spüren die Menschen, dass da etwas Schlechtes aus Europa kommt. Sie sehen nicht, wo Europa sich dafür einsetzt, dass die Bedingungen im Sozialstaat und am Arbeitsplatz sich weiter verbessern oder zumindest nicht verschlechtern. Sie vermissen, dass Europa nicht für die Stärkung der sozialen Rechte eintritt. Auf der anderen Seite, und weil die Menschen spüren, dass der Druck sich durch den stärkeren europäischen Wettbewerb erhöht hat, trauen sie der Europäischen Union auch gar nicht zu, auf diesem Gebiet einen wirklichen Beitrag leisten zu können. Dabei wird andersherum ein Schuh draus: Erst wenn man auf europäischer Ebene gemeinsame Basisregeln vereinbart, die bindende soziale Standards für alle bedeuten, nimmt der Druck auch auf nationaler Ebene wieder ab, sich an diesem Wettbewerb nach unten mit zu beteiligen. Das heißt, da haben wir auf jeden Fall auch ein Problem.

Brüssel ist kein Moloch

Auf der Input-Seite ist die Demokratiebilanz Europas natürlich deutlich durchmischer. Ich habe bereits gesagt: Europa begann von Anfang an mit einer sehr geringen Input-Legitimation. Das heißt, die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, an der Gestaltung Europas direkt mitzuwirken, war am Anfang weitgehend null. Man konnte nur die eigene Regierung wählen, aber Europapolitik spielte bei der Wahl der Regierung kaum eine Rolle. Europa, das war ein Elitenprojekt und basierte auf einem Elitenkonsens. Vermutlich gab es zu der Zeit dazu auch keine Alternative. Hätte man die Leute befragt, hätten sie wahrscheinlich dieses Projekt niemals realisiert.

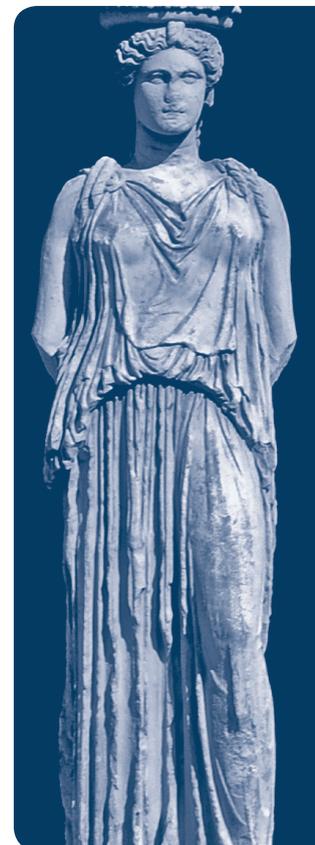
Aber Reform für Reform, Vertragsreform für Vertragsreform wurde die Demokratie in Europa vertieft, und man kann sagen, so viel Demokratie wie heute war – institutionell gesehen – noch nie in Europa. Nie hatte das Europäische Parlament so große Mitwirkungsrechte wie heute. Auch das Maß an Transparenz, das wir in der europäischen Entscheidungsfindung – zumindest in der Kommission und

im Parlament – haben, ist weit größer, als was wir in Berlin haben. Das wissen viele Menschen gar nicht und glauben, das Europäische Parlament hätte nach wie vor nichts zu sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, das ist ein großer Irrtum. Gerade bei der Ausgestaltung des Binnenmarktes, wo es eben um die Regelung geht, da ist das Europäische Parlament sehr wichtig und dort werden die Entscheidungen im Europaparlament eben sehr transparent gefällt. Sie können zum Beispiel alle unsere Ausschusssitzungen in allen Amtssprachen im Internet verfolgen und auch nachher nachschauen. Versuchen Sie da einmal eine Ausschuss-Sitzung im Bundestag zu verfolgen. Versuchen sie einmal die Dokumente zu finden. Bei uns ist alles transparent.

Und trotzdem haben die Menschen das Gefühl, weit weg zu sein von Brüssel. Sie denken, Brüssel muss ein Moloch sein, weil sie auch die grundlegenden Entscheidungsstrukturen nicht verstehen und auch ständig die Institutionen durcheinanderbringen. Viele wissen nicht, was der Unterschied zwischen Europarat und Europäischem Rat ist. Das klingt fast gleich, ist aber etwas völlig anderes. Die Menschen verstehen nicht, dass Gesetze immer auch stark von den nationalen Regierungen gemacht werden. Es gibt ganz stark das Gefühl, „in Brüssel wird irgendetwas ausgekocht“. Was besonders aus deutscher Perspektive geradezu ironisch ist, weil ich regelmäßig erlebe, dass kein Gesetz in Brüssel gegen den Willen der deutschen Bundesregierung gemacht wird. Kein einziges. Ich kann verstehen, wenn in kleineren Ländern so etwas gesagt wird. Interessant ist aber, dass gerade diese Vorurteile, Brüssel würde inzwischen alles irgendwie dominieren, gerade in einigen der großen Mitgliedsländer – auch in unserem – besonders prägend sind. Das Gegenteil ist der Fall. Im Rat gibt es nach wie vor eine Kultur, dass zumindest die großen Länder sich nicht gegenseitig überstimmen. Und da kommen wir eigentlich an die Grundprobleme europäischer Demokratie.

Das Problem der europäischen Demokratie ist die relative Bürgerferne, die letztlich auch in einem Fehlen europäischer Identität der Bürgerinnen und Bürger Europas begründet ist. Das heißt, viele Menschen verstehen diese Ebene nicht, schalten innerlich ab, wenn in den Medien darüber berichtet wird. In der Konsequenz wird weniger in den Medien darüber berichtet, und das ist ein Teufelskreis, der sich dann reproduziert.

Aber wir haben eben auch den Ort, wo am wenigsten Demokratie praktiziert wird, nämlich den Europäischen Rat. Die Mitglieder des Europäischen Rats, also der Mitgliedsländer, sind zwar alle gewähl-



te Regierungsvertreter. Aber das, was sie dort tun, findet hinter verschlossenen Türen statt. Wenn ein Gesetz von der Kommission vorgeschlagen wird, kommt es ins Parlament, wird dort öffentlich beraten und kommt parallel in den Europäischen Rat, und nun müssen sie sich da beide einigen, das ist ja



das Grundprinzip. Aber im Rat findet die Verhandlung hinter verschlossenen Türen statt. Die Bürgerinnen und Bürger genauso wie die Medien erfahren nicht, welches Land sich wie verhalten hat. Nach wie vor herrscht im Rat das Prinzip der internationalen, aus der geheimen Diplomatie kommenden Traditionen des Intergouvernementalismus. Das heißt, Regierungen verhandeln miteinander und versuchen in einem Klüngel eine gemeinsame Lösung zu finden. Aber nicht im Sinne von demokratischen Mehrheitsabstimmungen, sondern es gibt eben dort eine tief sitzende Kultur des – ich nenne es einmal zugespitzt – Krähenprinzips. Also eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Und dieses Krähenprinzip ist Grund für viele der Probleme, die wir heute haben. Nehmen wir als Beispiel unsere derzeitigen hohen Exportüberschüsse. Da hat die Bundesregierung mit massivem diplomatischem Druck es geschafft, dass die nicht in den Blick der jetzigen stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik geraten. Aber dafür finden Sie Beispiele für alle Länder: Die Steueroasen schaffen es regelmäßig, dass es keine stärkere Steuerkooperation gibt. London wehrt sich mit Händen und Füßen gegen tiefere Finanzmarktregeln. Und jeder bekommt dort sozusagen in relativ großem Maße seinen Willen, wenn er nur eine relevante Kraft im Rat ist. Und von all dem bekommen die Bürgerinnen und Bürger wenig mit, weil das eben nicht öffentlich passiert. Wir haben also ein massives Problem der Intransparenz des Rates und der Nichtnachvollziehbarkeit, wer dort eigentlich was gesagt hat.

Nun muss man sagen, dass bei allen Fortschritten der Demokratie trotzdem natürlich jetzt in der Krise ein ganz fundamentales Problem verbleibt. Und das gilt auch für die Entscheidungen im Europäischen Parlament. Denn die Entscheidungen, die derzeit im Zuge der Krise gefällt werden, standen ja in keinem Wahlprogramm. Niemand ist angetreten – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene – mit dem Versprechen: „Wir werden die Banken retten, wir werden in großem Maße Staaten retten und für deren Pleiten aufkommen usw.“. Nirgendwo stand, dass wir jetzt Strukturanpassungsmaßnahmen in den schwächeren Staaten exekutieren, die mit den Grundwerten, die ich vorhin verlesen habe, wirklich nichts zu tun haben. Das stellt natürlich eine enorme Frage an die europäische Demokratie dar. Wir haben eine enorme Diskrepanz zwischen dem, was angekündigt war, und dem, was jetzt gemacht wurde. Zum Teil haben wir auch ein enormes Auseinanderfallen zwischen demokratisch beschlossenen Regeln und den jetzt exekutierten Regeln. Denn weder das Drucken von Geld in großem Maße zur Stabilisierung von Banken noch das Finanzieren von Defiziten im Staatshaushalt durch die Europäische Zentralbank, noch das Bail-out, also das Haften für die Verschuldung anderer Länder: All das steht ja so nicht im europäischen Recht, sondern gelingt sozusagen ja nur durch juristische Winkelzüge. Das mag vielleicht den Buchstaben des Gesetzes aus Sicht eines Juristen entsprechen, aber dem Geist des Gesetzes und dem, was den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wurde, entspricht die jetzige Krisenpolitik weder in ökonomischer noch in rechtlicher noch in sozialer Hinsicht. Und das wirft natürlich fundamentale Fragen an die Legitimation des europäischen Projekts derzeit auf. Und zwar interessanterweise sowohl in den Peripheriestaaten, wo die Menschen das Gefühl haben, sie müssen sich einer sozial-rigiden und demokratisch-rigiden Krisenpolitik unterwerfen, als auch in den starken Ländern wie Finnland, Niederlande, Deutschland, wo die Menschen das Gefühl haben, wir müssen jetzt für Dinge zahlen und haften, die wir nicht verantwortet haben. Der Legitimationsangriff durch die Krise auf die europäische Demokratie kommt von beiden Seiten. Und es kann, glaube ich, kaum überschätzt werden, wie tief die Verunsicherung diesbezüglich ist.

Europa als Wertegemeinschaft: Anspruch und Wirklichkeit

Ich will nun, wesentlich kürzer, noch ein paar Worte zu der Frage der Menschenwürde und der Gerechtigkeit sagen. Manches dazu habe ich ja schon angedeutet. Ich würde die Frage der Menschenwürde mit Blick auf die Verträge in einen Bezug zu den Menschenrechten stellen, auch wenn das nicht völlig iden-

tisch ist, aber letztlich umfasst ein weiter Begriff der Menschenrechte eigentlich auch die verschiedenen Dimensionen der Menschenwürde. Und hier ist die Europäische Union auch wieder sowohl in der Präambel als auch in den entsprechenden Regeln sehr stark. Das heißt, es gibt einen starken Bezug auf die Menschenrechte und es gibt die Absicherung der Grundrechte-Charta und, was auch neu ist mit dem Lissabon-Vertrag, es gibt eine sehr starke Selbstbindung der Europäischen Union hinsichtlich der Förderung der Menschenrechte international. Also das heißt, die eigene Außenpolitik wird nicht definiert als einfache, materielle Interessenswahrnehmung, sondern sie wird definiert im Sinne einer Union, die genau diese Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratie usw. vertritt. Ich will das kurz zitieren, weil ich das für sehr sehr wichtig halte. So etwas findet man auch so nicht im Grundgesetz: „Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“

Das ist stark. Das ist wirklich stark. Ich betone das deshalb so, weil die schärfsten Menschenrechtsverletzungen, die schärfsten Angriffe auf die Menschenwürde sicherlich außerhalb Europas stattfinden. Der Skandal von einer Milliarde Menschen, die hungern, der Skandal von mehreren Milliarden Menschen, die keine demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten haben, der Skandal der Abwesenheit von ganz grundlegenden Menschenrechten sind natürlich etwas, was vor allem international eine Rolle spielt. Ich habe auf einige soziale Probleme in der EU vorhin schon verwiesen. Ich will das nicht wiederholen. Aber im Vergleich dazu ist natürlich die Mitverantwortung für diese Form massiver Zerstörungen in anderen Teilen der Welt absolut wichtig, weil natürlich Europa mit der eigenen Geschichte des Kolonialismus eine gigantische Mitverantwortung auch für die nicht funktionierenden Staaten in diesen Ländern hat, und dafür, dass es dort solche Probleme gibt. Damit will ich nicht sagen, dass wir für jede Korruption und jede schlechte Regierungsführung auf der ganzen Welt verantwortlich sind, aber der historische Bezug muss schon gesehen werden.

Und da kommen wir jetzt natürlich zu folgender Grundsituation: Denn wenn Europa mit diesem Wertesanspruch international auftritt – und das ist sehr

bekannt, dass wir diesen Anspruch haben –, dann wird es natürlich auch an diesem Maßstab gemessen. Europa ist in dieser Hinsicht nach wie vor hoch attraktiv.

Ich glaube, die allermeisten jungen Menschen wünschen genau diese Werte. Und sie sehen halt die Europäische Union, die das eigentlich vertritt, aber eben regelmäßig in der eigenen Politik an diesem Maßstab scheitert. Schauen Sie sich die Agrarpolitik an: Wir fördern mit 40% des EU-Budgets Agrarprodukte und exportieren diese dann subventioniert international, um bei uns eine nicht nachhaltige und auf immer mehr, immer weiter und andere Formen der Maßlosigkeit basierende Landwirtschaftspolitik und Landwirtschaftspraxis zu verfolgen, was dann in anderen Teilen der Welt zur Zerstörung von kleinbäuerlichen Strukturen und des dortigen Mittelstands führt. Mit den entsprechenden Folgen der Landflucht und Fehlentwicklung der Urbanisierung, die wir in einigen Teilen der Entwicklungsländer sehen, weil die Menschen natürlich angesichts des gedrückten Preises dort ihre Region verlassen.

Wir haben ganz Ähnliches in der Handelspolitik. In der Handelspolitik sind wir als Europaparlament jetzt erstmals in der Lage, dass wir über die Handelsverträge – die die EU schließt – abstimmen dürfen. Das durften wir vorher nicht, und daher kommen jetzt große Tests auf uns zu. Zum Beispiel bei der Frage eines Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru. Es gibt einen enormen Druck vor allem der Liberalen und der Konservativen, dass wir ein Freihandelsabkommen mit diesen Ländern schließen, obwohl bekannt ist, dass es kein anderes Land auf der Welt gibt, in dem so viele Gewerkschaftler sterben wie in Kolumbien. Und worum geht es? Es geht im Kern um den Zugang zu billigen Rohstoffen, der in aller Regel zur Vertreibung der Menschen, die dort Landwirtschaft betreiben, führt und diesen dadurch ihr Grundrecht auf Nahrung verweigert.

Und zu guter Letzt, und geradezu symbolisch vor der eigenen Haustüre, die Frage der eigenen Migrationspolitik, wo wir eine absolut zynische Politik betreiben, die nämlich grob so funktioniert: Wir betreiben eine Abschottung, die aber so gemacht ist, dass man – ich sag's mal zugespitzt – einerseits genau so viele Menschen hereinlässt, wie man sie in großem Maßstab als billige Arbeitskräfte ausbeuten kann. Das billige Gemüse aus Spanien gäbe es ja nicht ohne die illegalen Immigranten. Die werden auch nicht rausgeschmissen bzw. nur in relativ geringem Maße rausgeschmissen. Weil die nämlich wirtschaftlich nützlich sind. Auf der anderen Seite aber schottet man sich so weit ab, dass man eben nicht befürchten muss,

im Übermaß mit der Armut der Welt hier im eigenen Land konfrontiert zu werden. Ich sage nicht, dass es eine einfache Lösung dafür gibt. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, Grenzen auf für alle und alle Rechte für jeden Flüchtling. Ich glaube, das würde Europa politisch wie auch ökologisch überfordern. Ich glaube, dass es in einer Welt, in der es gleichzeitig großen Reichtum und große Armut gibt, immer auch Spannungen geben wird, da gibt es keine ideale Lösung. Aber was überhaupt nicht geht, ist, dass man praktisch das Grundrecht auf Asyl faktisch einschränkt und außer Kraft setzt, indem man die Abwicklung der Asylanträge teilweise dem Ausland überlässt. So haben wir zum Beispiel mit Libyen Verträge, die so angelegt sind, dass die Menschen von dort gar keinen richtigen Asylantrag stellen können. Wir haben regelrecht solche Strukturen eingerichtet und sind damit eindeutig zu weit gegangen, viel zu weit gegangen in der Frage, wie wir mit Migration umgehen.

Was ich nur sagen will, ist, dass wir die Chance Europas, zu einer im Sinne dieser Wertegemeinschaft auch moralischen Führungsmacht zu werden und damit auch die internationale Politik der Globalisierung zu gestalten, massiv durch die Art und Weise gefährden, wie wir unseren eigenen Standards nicht gerecht werden.

Und schließlich noch zu der großen Frage der Gerechtigkeit, das war ja das Dritte, was Sie mir in dem Titel aufgegeben haben. Wir, als Grüne, haben in unserem Grundsatzprogramm den Begriff der Gerechtigkeit ins Zentrum gestellt und definieren ihn als einen mehrdimensionalen. Im Kern sind dabei fünf Dimensionen von Gerechtigkeit angesprochen: Es gibt die Geschlechtergerechtigkeit, es gibt die Chancengerechtigkeit, die Verteilungsgerechtigkeit, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die internationale Gerechtigkeit. Ich habe zur internationalen Gerechtigkeit bereits ein paar Dinge gesagt. Aber es gilt noch hinzuzufügen – und das ist eng verbunden mit der Frage der Generationengerechtigkeit –, dass wir in der Form, wie wir mit unserem hohen materiellen Wohlstand umgehen, ihn immer auch auf Kosten anderer auf der Welt und auf Kosten der Zukunft genießen. Da haben wir sicher große Schwächen. Aber Europa hat im Bereich gerade der großen Umweltabkommen international dennoch eine progressive Rolle gespielt und gilt international auch bei den großen Friedensabkommen nicht gerade als der Hauptbremsen. Bei den Schwierigkeiten, die wir in einigen dieser Bereiche hatten, war nicht Europa das Problem, sondern regelmäßig die USA, an denen viele der großen Abkommen auf UN-Ebene gescheitert sind.

Im Bereich der Chancengerechtigkeit würde ich sagen, dass Europa sehr große Fortschritte erreicht

hat. Das gilt insbesondere für den ganzen Bereich der Nichtdiskriminierung. Es gilt weniger im Bereich der Bildung, denn der Bereich der Bildung ist im Wesentlichen nationalstaatliche Aufgabe. Europa hat hier zwar hohe Ziele gesetzt, hat aber selbst weder Geld noch die Zuständigkeit, um ihre Durchsetzung auch zu erreichen. Die größten Zweifel sind, aus meiner Sicht, bei der Verteilungsgerechtigkeit angebracht. Auf diesem Gebiet hat Europa eher zu einer größeren Ungleichheit beigetragen als zu größerer Gleichheit. Das ist bedauerlich und widerspricht auch den eigenen Werten.

Plädoyer für eine europäische Bürgergesellschaft

Ich will aber abschließend noch Folgendes sagen: Wenn man so den Blick auf die Grundwerte Europas und deren Realisierung richtet, also auf die Menschenrechte und Menschenwürde, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie – wobei ich andere wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit jetzt gar nicht diskutiert habe –, dann stellt man fest, dass die Menschen derzeit eine ganz grundlegende Unzufriedenheit mit dem Zustand Europas empfinden. Und die Frage, die sich dann stellt, ist, was eigentlich mit diesem Projekt Europa, das ja so viel schon bewegt hat, passieren soll. Und ich sehe mit großer Sorge, wie rund um Deutschland derzeit überall rechtspopulistische Parteien enormen Zulauf gewinnen, mit Thesen, die absolut haarsträubend sind. In den Niederlanden hängt die dortige Mitte-Rechts-Regierung an der Zustimmung von Wilders, der erst kürzlich den Euro-Austritt der Niederlande gefordert hat und ansonsten eine ausländerhetzerische Website betreibt. Und wir haben in Dänemark sehr starke rechtspopulistische Parteien, die auch an der Regierung mit beteiligt waren, die jetzt abgelöst wurde. Wir haben in Ungarn eine Regierung, die politische Verhältnisse schafft, die einfach unglaublich sind. Also mit welcher Rhetorik dort über das europäische Projekt, über Minderheiten wie die Roma geredet wird, mit welcher Aggression die Grenzen in Frage gestellt werden gegenüber anderen europäischen Ländern, in denen ungarische Minderheiten leben. Das sind Zustände, die schlicht unerträglich sind. Und ich muss sagen, ich bin ganz stolz, dass das Europaparlament nun ein Artikel 7-Verfahren gegen Ungarn fordert. Das bedeutet, dass dort praktisch die Frage gestellt wird, ob Ungarn noch die Grundwerte der Europäischen Union einhält, und das kann bis zum Entzug der Stimmrechte im Rat führen. Das ist einmalig. Das hat es noch nie gegeben in Europa. Und es ist ein großer Fortschritt, dass es jetzt passiert. Aber dahinter steht ja jenseits der Einzelfälle eine Tendenz, die gefährlich ist. Wir müssen nur warten, was bei den nächsten Europa-

wahlen passiert. Das Bundesverfassungsgericht in seiner Weisheit hat die 5 %-Hürde für die Europawahlen außer Kraft gesetzt und für nicht verfassungsgemäß erklärt. Das bedeutet, wir werden Antieuropäer aller Couleur haben, auch in Deutschland, die diesen Europawahlkampf in massiver Weise für sich in Beschlag zu nehmen versuchen werden. Und welche Konsequenzen das haben wird, kann man sich wirklich ausmalen.

Ich glaube, dass es daher eine ganz starke Verpflichtung gibt, das Projekt Europa nicht nur als „Na das machen die in Brüssel“ zu definieren, sondern dass sich hier eine zivilgesellschaftliche Frage stellt. Die Menschen in Europa werden sich jetzt entscheiden müssen, ob sie als Konsequenz dieser Krise das Projekt Europa für gescheitert betrachten wollen, oder ob sie sich trotz der Schwächen dieses Projektes für ein engeres Zusammenwachsen engagieren wollen. Das ist eine grundlegende Entscheidung, die die Bürgerinnen und Bürger jetzt treffen müssen.

Und ich glaube, dass es da auch eine ganz besondere Verantwortung für die Christinnen und Christen gibt. Europa wäre, glaube ich, ohne das Christentum so gar nicht möglich gewesen. Auch der Schritt, nach dem Zweiten Weltkrieg in dem Maße zusammenzurücken, wäre ohne das Christentum so nicht möglich gewesen, man denke nur an Schumann, Adenauer und de Gaulle. Und ich glaube, dass heute Christinnen und Christen die Verantwortung haben, nicht Europa schönzureden, sondern sehr wohl zu benennen, wo es sich verändern muss.

Die Aufgabe, die sich daher stellt, und zwar nicht nur den Kirchen, sondern auch den Gewerkschaften, den Umweltverbänden und allen zivilgesellschaftlichen Organisationen, ist also, sich dieses Projektes Europa in neuer Weise anzunehmen. Und damit meine ich nicht Erwachsenenbildungsveranstaltungen, die erklären, wie Europa ist. Das meine ich damit dezidiert nicht. Das hatten wir viel. Ich meine da-

mit vielmehr, eine europäische Bürgergesellschaft zu organisieren in dem Sinne, dass für bestimmte Ziele, die wir teilen – wie zum Beispiel soziale Rechte, wie zum Beispiel die Verteidigung der Menschenwürde –, Europäerinnen und Europäer zusammenzubringen und zu ermächtigen sind, als Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Und da erlebe ich nämlich eine enorme Diskrepanz. Denn die mächtigen Verbände, die ihre Partikularinteressen vertreten, sind bereits sehr gut europäisiert. Die haben zwar auch ihre Widersprüche untereinander, und das ist auch nicht das Problem. Der Punkt ist aber, dass sie inzwischen Europa als politische Handlungsebene begriffen haben, und da, wo sie gemeinsame Interessen haben, organisieren sie sich und sind auch in der Lage, gemeinsam für ihre Interessen zu streiten. Für die Werte und Gemeinwohlinteressen sind die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen sehr viel schlechter organisiert. Was wir dort haben, sind in der Regel europäische Dachverbände, zu denen einzelne Abgesandte geschickt werden: Europaspezialisten. So läuft das in allen Verbänden: bei den Gewerkschaften, in den Umweltverbänden, in vielen der Menschenrechtsorganisationen. Aber europäische Bürgergesellschaft findet erst dann statt, wenn diejenigen, die an der Basis aktiv sind, diejenigen begegnen, die an der Basis in anderen Ländern Europas aktiv sind und auf dieser Ebene gemeinsame Interessen formulieren und auch öffentlich machen. Und ich glaube, Erwachsenenbildung, kirchliche Erwachsenenbildung könnte für den Kreis der Menschen, die für uns offen sind, genau das organisieren. Und wenn Sie dazu einen Beitrag leisten, dann wäre, glaube ich, Europa Ihnen dankbar, und das wäre auch der Schritt, den wir jetzt als Europäerinnen und Europäer – egal, wo wir in welchen Institutionen aktiv sind, ob wir politisch links, rechts, in der Mitte oder nicht wissen, wo wir stehen – hin auf eine echte europäische Bürgergesellschaft machen sollten. Wenn Sie also dazu einen Beitrag leisten würden, dann wäre das ganz großartig – und jetzt freue ich mich auf die Diskussion.

